

Ausgangslage und Zielsetzungen österreichischer Sicherheitspolitik

(Eine Auswertung der Beiträge von Olga Alexandrova, Christoph Bertram, Ernst-Otto Czernpiel, Curt Gasteyger, Antoni Z. Kaminski, Andrzej Karkoszka, László Kiss, Heinz Kramer, Thomas Mayr-Harting, Martin Malek, Kay Möller, Hanspeter Neuhold, Lothar Rühl, Peter Schmidt, Erwin A. Schmidl, Heinrich Schneider und Christian Wehrschütz)

Vorbemerkungen zur Geschichte von NATO und WEU

Die NATO wird oft als dominierende westliche Sicherheitsorganisation gesehen, die WEU als „Papiertiger“ in ihrem Schatten. Erwin Schmidl behandelt einleitend die Entstehungsgeschichte beider Institutionen, die zeigt, daß ihr Verhältnis zueinander viel komplexer ist. Beide entstanden in der Frühphase des Kalten Krieges als Verteidigungsbündnisse im Sinne der UNO-Charta. Dabei richtete sich der 1947 zwischen Frankreich und Großbritannien geschlossene „Pakt von Dünkirchen“, der 1948 durch die Benelux-Staaten zur „Westunion“ erweitert wurde, noch ebenso gegen eine mögliche deutsche wie gegen die sowjetische Bedrohung. Die klare militärische Beistandsverpflichtung ermöglichte die Bündelung europäischer Sicherheitsinteressen - auch gegenüber den USA, die bis dahin für den Fall eines Dritten Weltkrieges die Räumung Europas geplant hatten. Zwecks Einbindung der USA und Kanadas in die Westunion ohne eine automatische *militärische* Beistandspflicht entstand 1949 die NATO als politischer Überbau. Für etwaige Einsätze sollte die NATO auf das militärische Potential der Westunion zurückgreifen. Letztere wurde 1954 vor dem Hintergrund der (west-) europäischen Einigung wie auch der Verfestigung des Ost-West-Konfliktes durch die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens zur *Westeuropäischen* Union (WEU) erweitert.

Durch die amerikanische Präsenz in Westeuropa und die glaubhafte Bereitschaft der USA zur Verteidigung Europas sowie angesichts der (unter UNO-Mandat) führenden Rolle der USA im Koreakrieg übernahm in den 50er Jahren allerdings die NATO die militärische Führungsrolle im Westen: Im Verhältnis beider Allianzen zueinander lag das Schwergewicht nun eindeutig bei der NATO bzw. den USA als westlicher Führungsmacht.

NATO wie Westunion/WEU sahen sich im Laufe ihres Bestehens angesichts neuer Gegebenheiten mehrfach vor die Aufgabe gestellt, sich und ihre Rolle in Europa und der Welt neu zu definieren (Zuletzt wurde dies durch das Ende des Kalten Krieges veranlaßt.). Sie erwiesen sich als ausreichend flexibel. Die NATO entwickelte sich über den eigentlichen Verteidigungsauftrag hinaus mit der „Partnership for Peace“ (PfP) immer mehr zu einer umfassenden Sicherheitsstruktur für ganz Europa sowie Teile Asiens und Nordamerikas. Hingegen zeichnet sich die künftige Rolle der WEU als militärisches Instrument der EU erst undeutlich ab. Bleiben wird eine zwar stets wechselnde, aber enge Verbindung zwischen beiden Organisationen, wie sie bereits seit 50 Jahren besteht.

1. Sicherheit, gesamteuropäisches Sicherheitssystem, OSZE und GASP

Die eigentlichen und bisher noch ungelösten Aufgaben europäischer, transatlantischer und auch eurasischer Sicherheitspolitik liegen in der Weite des Raumes, der Vielfalt der aktuellen und potentiellen Gefahren und der Heterogenität der Partner. Ein für alle gültiges Konzept wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Daran dürfte auch das von der OSZE so lange propagierte „Sicherheitsmodell“ nicht viel ändern wird. Wir leben nicht in statischen Sicherheitsstrukturen, sondern in einer sich dynamisch entwickelnden Sicherheitslandschaft.

Curt Gasteyger beschreibt in seiner Studie die Problematik der Konstruktion einer neuen europäischen Sicherheitsordnung. Zwar sind Europa und die USA auf der Suche nach einer neuen, krisenfesten und kooperativen Sicherheitsstruktur, um eine abermalige Spaltung Europas und Konfrontationen zu vermeiden. Diese Suche erweist sich jedoch als wesentlich problematischer als in der Euphorie der Wendezeit angenommen worden war: Erstens wurde es schwieriger zu definieren, was unter dem Begriff „europäische Sicherheitsordnung“ überhaupt zu verstehen ist, und zweitens weisen internationale Bürokratien ein erhebliches Beharrungsvermögen auf. Der vielgerühmte Pragmatismus der Politik hilft da nicht weiter; wenn klare Vorstellungen fehlen, führt Pragmatismus zu einem ziellosen „Weiterwursteln“.

Europas Sicherheitspolitik ist heute die gemeinsame und gleichgerichtete Aufgabe aller oder einer großen Zahl europäischer Staaten zum Zweck der Verhütung zwischenstaatlicher Konflikte und zur politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Gesundung der beteiligten Staaten selbst. Unruheherd der europäischen Ordnung ist heute nicht mehr unbedingt der militärisch starke, sondern der innenpolitisch schwache Staat. Die Gewährleistung der Sicherheit kann nach Gasteyger nicht nur einer Institution überlassen werden, weil diese alleine weder geographisch noch sachlich den vielfältigen Gefährdungen begegnen kann. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die alten Strukturen und Potentiale auch weiterhin die Entwicklung der neuen Sicherheitsordnung für Europa bestimmen werden. Europa hat zwar keine Fronten, aber noch lange Trennlinien weniger im traditionellen politisch-strategischen Bereich als aufgrund unterschiedlichen Entwicklungen des Transformationsprozesses, ganz abgesehen von verschiedenen Graden der historischen, kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit zu Europa. Maßgeblich gestaltende Faktoren sind die NATO-Osterweiterung und der IFOR/SFOR-Einsatz in Bosnien.

Bei den ursprünglichen Ideen für eine neue Sicherheitsordnung standen (wie beim Pariser KSZE-Gipfel 1990) Elemente der „weichen“ oder „zivilen“ Sicherheitspolitik im Vordergrund. Allerdings haben bestimmte Ereignisse, insbesondere die Kriege auf dem Balkan 1991-1995, das Augenmerk wieder vor allem auf die militärisch-strategische Komponente gerichtet. Dabei kann man, so Gasteyger, nicht sagen, daß die OSZE die Chance für eine sicherheitspolitische Neuordnung Europas verpaßt hat, denn gerade die seinerzeitigen entsprechenden Versuche der KSZE/OSZE haben gezeigt, daß sie von den Bedingungen für eine kollektive Sicherheitsordnung weit entfernt war und noch ist. Die Alternativen einer hier militärisch-strategischen, dort nichtmilitärisch-innenpolitischen Ordnung für Europa gibt es in der politischen Wirklichkeit spätestens seit 1991 nicht mehr. Deshalb stehen auch die OSZE und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat der NATO nicht für zwei konzeptionell gegensätzliche Entwürfe für eine europäische Sicherheitsordnung, zwischen denen man sich entscheiden muß. Die Beiträge von OSZE und NATO für Sicherheit und Stabilität in Europa sind andererseits auch nur begrenzt kompensierbar. OSZE und NATO sind nicht die Eckpunkte einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur. Institutionelles Bargaining zwischen ihnen ist nicht möglich, wohl aber eine gewisse Arbeitsteilung. Das bedeutet, daß die NATO mit traditionellen Mitteln militärischer Stärke für Verteidigung und im weiteren Sinne für Sicherheitspolitik

zuständig bleibt und die OSZE eine neue Kategorie von Präventivdiplomatie im Sinne nicht-militärischer kollektiver Sicherheit einbringt. Die OSZE kann auch nicht traditionelle Gefahren besser einbeziehen.

Heinrich Schneider geht auf Entwicklungen in der OSZE ein. Im Januar 1998 fand im Rahmen der OSZE unter der Ägide des „Forums für Sicherheitskooperation“ ein Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen statt. Eine erste derartige Veranstaltung hatte es 1990 gegeben. Es war damals eine Sensation, daß Generalstabschefs aus Ost und West miteinander Grundsätze und Leitlinien ihrer Militärpolitik erörterten. Ein zweites Doktrinenseminar folgte 1991. Schneider konnte das dritte Seminar 1998 selbst besuchen. Er hat es sorgfältig analysiert und diagnostiziert die Bereitschaft für einen wirklichen Meinungs austausch über die Probleme und Aufgaben der nationalen und gesamteuropäischen Sicherheitspolitik. Dies war bei den früheren Seminaren weniger deutlich gewesen. Es gab einerseits doch bemerkenswerte Unterschiede in den Einschätzungen des Wünschenswerten und des Notwendigen, doch wurden nicht gleichsam politische Kommuniqués vorgetragen: Hochkompetente Fachleute für militärische Sicherheit - nicht weniger als 30 Generalstabschefs mit ihren zuständigen Mitarbeitern sowie Diplomaten und Experten aus administrativen und akademischen Bereichen - präsentierten ihre Sicht der zur Diskussion stehenden Fragen. Die Militärs waren gehalten, ihre eigenen Probleme und Perspektiven von vornherein in einem umfassenden Kontext zu betrachten und darzustellen. Daraus ergaben sich u.a. auch Ansätze zu einer Umdeutung des Begriffs „Verteidigungspolitik“.

Schneider meint, daß es auch für die österreichische Diskussion von Nutzen sein könnte, sich mit der Art und Weise auseinanderzusetzen, in der man anderswo die Dinge betrachtet und beurteilt, denn eine gewisse Neigung zum Autismus könnte gefährlich werden. Ihr entkommt man am besten dann, wenn man sich auf die Sichtweisen anderer einläßt, die mit ähnlichen Problemen zu tun haben. Deshalb hat sich Schneider mit einigen Thesen und Argumenten aus diesem Meinungs austausch näher befaßt. Er behandelt insbesondere den Wandel der europäischen Sicherheitslage, die neuen Funktionsvoraussetzungen und -bedingungen für das Militär und neue Aufgaben der bewaffneten Streit- und Ordnungskräfte. Auch die Konsequenzen für Militärdoktrinen und ihre Umsetzung sowie die neuen Dimensionen der Internationalität - und dabei natürlich die zentrale Rolle der NATO - werden abgehandelt. Jedenfalls lohnt es sich, diese Expertendiskussion zur Kenntnis zu nehmen und für eine sach- und zeitgerechte österreichische Besinnung auf Perspektiven und Weichenstellungen der Sicherheitspolitik zu nutzen. Nachträglich könnte man feststellen, daß auch Österreichs offizielle Stellen dies bei den Verhandlungen um den Optionenbericht der Bundesregierung beachten hätten können.

Auch Gasteyger kommt zu dem Ergebnis, daß das Gerüst für Europas Sicherheitsordnung in der NATO zu sehen ist. Ihre beeindruckende Leistungspalette begann beim Nordatlantischen Kooperationsrat mit seiner militärisch-friedenssichernden Aufgabe, die heute im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat fortgeführt wird, über die erfolgreiche, weil flexibel gehandhabte PfP bis zur Grundakte mit Rußland im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Die NATO ist auf absehbare Zeit ein politischer Ordnungsfaktor allerersten Ranges, was man von der OSZE nicht sagen kann. Der Ausbau der Beziehungen mit allen Ländern der europäisch-atlantischen Region ist im Gange. Die Probleme der NATO im Reformprozeß bestehen darin, den Zusammenhalt zu wahren und gleichzeitig die Fähigkeit zu entwickeln, neue Mitglieder militärisch und institutionell aufzunehmen und den Stabilitätstransfer nach Osten glaubhaft und nachhaltig zu vollziehen. Die NATO-Erweiterung nach Osten bringt eine erstmalige großräumige Neuordnung des Krisenbogens zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, wobei die Novität dabei die Einordnung dieses Raumes in ein von den USA dominiertes Bündnis ist.

Unklar - und das ist laut Gasteyger für die bisherigen Neutralen wichtig - bleibt, wie sich eine auf der NATO aufgebaute Sicherheitsarchitektur für Länder ausnimmt, die nicht NATO-Mitglieder werden können oder wollen. Für Österreich bedeutet die NATO-Osterweiterung, daß seine eigene Mitgliedschaft in der Allianz geographisch Sinn machen würde (insbesondere auch im Hinblick auf die sonst isolierte Slowakei) und ein Signal für die anderen Neutralen in Europa darstellen könnte.

Das Geschehen bestimmen jedenfalls (insbesondere über die NATO-Osterweiterung) die auf Militärpolitik konzentrierten USA, wogegen die theoretisch über ein vielfältiges Potential verfügende EU zur Konkretisierung einer europäischen Sicherheitsarchitektur bisher wenig beigetragen hat. Die Tragödie auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hat gezeigt, daß das gemeinsame Europa auch in der Lage sein muß, nach „außen“ Sicherheit zu „exportieren“, weil es ansonsten Gefahr läuft, Unsicherheit zu „importieren“. Durch den Vertrag von Amsterdam erhält die EU im Wege der WEU erstmals Zugang zu operativen Kapazitäten des Krisenmanagements. Außerdem wird die - zuletzt von neun der 15 EU-Staaten geforderte - Integration der WEU in die EU zum ersten Mal als europapolitische Entwicklungsmöglichkeit qualifiziert. Die Fähigkeit der WEU, konkreten Aufträgen der EU auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu entsprechen, ist aber objektiv begrenzt. In der Regel dürfte die WEU zumindest auf NATO-Planungskapazitäten und auf Ressourcen der Allianz im Bereich der Logistik, des Transports und der strategischen Aufklärung angewiesen sein.

Seit den Beschlüssen des NATO-Ministertreffens von Berlin (Juni 1996) können NATO-Kapazitäten auch für europäische Friedensmissionen unter dem Kommando der WEU genutzt werden. Dies setzt allerdings eine ausdrückliche Genehmigung durch alle 16 NATO-Mitglieder voraus. Zentrale Beschlüsse des europäischen Krisenmanagements dürften also auch in jenen Fällen, in denen die politische Initiative von der EU ausgeht, in NATO-Gremien fallen. Norwegen und die Türkei, die der NATO, nicht aber der EU angehören, verfügen in einer solchen Situation letztlich über größere Gestaltungsmöglichkeiten als bündnisfreie EU-Staaten wie Österreich, Finnland oder Schweden. Zu diesem Schluß kommt Thomas Mayr-Harting in seinen Reflexionen über die EU und die europäische Sicherheitsarchitektur. Überdies haben sich alle 16 NATO-Mitglieder (d.h. auch die elf NATO-Staaten, die der EU angehören) in Berlin geeinigt, eine „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ innerhalb der NATO zu entwickeln. Zumindest elf der 15 EU-Staaten sehen also keinerlei Perspektive für eine - von der Allianz völlig losgelöste - europäische Verteidigung. Außerdem hat die WEU eine Doppelfunktion: Sie ist integraler Bestandteil der Entwicklung der EU, aber auch Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO.

Für Österreich ist die politische Dimension des europäischen Integrationsprozesses niemals in Zweifel gestanden. Aus Anlaß seines EU-Beitritts (1.1.1995) hat Österreich die Bestimmungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) „vollständig und vorbehaltlos“ übernommen und sich bereit erklärt, sich an ihrer dynamischen Weiterentwicklung aktiv und solidarisch zu beteiligen. In den (letztlich ergebnislosen) Verhandlungen über den Optionenbericht ist es zwar in der Frage der „NATO-Perspektive“ zu einem Dissens gekommen, doch scheint in der Bundesregierung Einvernehmen zu bestehen, daß Österreich die Verwirklichung der - im Amsterdamer Vertrag festgeschriebenen - Perspektive einer gemeinsamen Verteidigung und Integration der WEU in die EU solidarisch mittragen soll. Für eine Fortsetzung der Diskussion über die Zukunft der österreichischen Sicherheitspolitik scheint also auch „unter dem europäischen Titel“ gesorgt. Das meint jedenfalls mit Mayr-Harting einer der besten Kenner sicherheitspolitischer Meinungsbildungsprozesse in Österreich. Es sollte aber klar sein, daß das Konzept völlig eigenständiger europäischer Sicherheitsstrukturen eine Schimäre ist. Auch aus dem Blickwinkel der GASP wird man an der NATO nicht vorbeikommen.

2. Rußland und die Ukraine

Nach Gasteyger besteht zwischen der NATO-Osterweiterung und Rußland ein komplexes Spannungsverhältnis. Rußland besitzt das gewichtigste Unsicherheitspotential im prospektiven Erweiterungsraum von NATO und EU, weshalb es im Erweiterungskonzept den als beinahe unauflöslich zu wertenden sicherheitspolitischen Widerspruch zwischen Beitritt als „Schutz vor Rußland, aber nicht gegen Rußland gerichtet“ gibt. Die NATO-Osterweiterung bedeutet das Verschieben des erweiterten Stabilitäts- und Sicherheitsnetzes der NATO. Rußland wird zwar nicht integriert, aber auch nicht ausgeschlossen.

Gasteyger beschäftigt sich mit möglichen Gegenmaßnahmen Rußlands für den Fall einer weiteren NATO-Erweiterung in sensible Regionen (Balkan, Baltikum), die das Bild einer schrittweisen sicherheitspolitischen Einkreisung Rußlands vermitteln würde. Daraus könnten sich möglicherweise destabilisierende Effekte für die russische Innenpolitik ergeben und unbedachte Reaktionen Moskaus ausgelöst werden. Wenngleich sich Rußland mit der ersten Erweiterungsrunde abgefunden zu haben scheint, dürften weitere Schritte jedenfalls schwieriger sein - mit Ausnahme möglicherweise eines Beitritts Österreichs. Es ist (nach Gasteyger) anzunehmen, daß sich Rußland mit dem NATO-Beitritt Österreichs abfinden würde, auch wenn Moskau immer wieder die Bedeutung der Neutralität Österreichs hervorhebt.

Lothar Rühl untersucht die Rolle Rußlands für die Entwicklung der europäischen Sicherheitsordnung. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist schwierig vorherzusagen. Zu ihren Zielsetzungen gehört jedenfalls die Rückkehr Rußlands als Großmacht in den Nahen und Mittleren Osten durch Unterstützung der arabischen Seite sowie die Wiederbegründung einer eurasischen, global wirksamen Machtstellung Rußlands für eine gesicherte Beteiligung an allen internationalen Entscheidungen. Umgekehrt haben auch die USA an der südlichen Peripherie Rußlands zwischen Pakistan und der Türkei (auch im Hinblick auf die Ressourcen am und im Kaspischen Meer) Interessen angemeldet.

Die Europapolitik Moskaus beruht seit 1945 auf dem Streben nach einer Abschwächung des US-Einflusses in Europa. Rußland wird auch in Hinkunft versuchen, mehr Spielraum in der sicherheitspolitischen Kooperation mit der NATO in Europa zu gewinnen und auch auf dem Balkan eigenständig zu agieren. Trotzdem ist für Rußland das Verhältnis zu den USA die zentrale Außenbeziehung. Rußlands strategische Bedeutung in der Weltpolitik wird davon bestimmt, welchen Wert ihm die USA zuerkennen und wie es seine Interessen gegenüber den amerikanischen wahren kann. Dafür wiederum ist von Bedeutung, ob Moskau bereit und fähig ist, sich an einer Politik zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu beteiligen und Waffenexporte an von den USA benannte Länder auszuschließen. - Zumindest letzteres ist offenkundig nicht der Fall: Rußland liefert dem Iran - trotz mehrerer Versprechen an die USA, darauf in Hinkunft zu verzichten - weiter in großem Umfang Rüstungsgüter.

Rühl befaßt sich auch mit der kontinentalen Balance in Eurasien und Rußlands Gewicht in der Mächtekonstellation in Fernost mit China, Japan, Amerika und Korea für eine „Balance of Power Asia-Pacific“. China verbleibt nach wie vor in einem historisch begründeten politischen und kulturellen Gegensatz zu Rußland, wobei der Zusammenbruch der UdSSR Chinas Stellung gegenüber Moskau gestärkt hat. Rußland versucht, China durch Lieferungen von Waffen und Atomtechnik als festen Partner zu gewinnen, aber zugleich eine Sicherheitsdistanz zu wahren. Obwohl die russische Politik in Asien ohne Verbindung zu den USA nicht

möglich ist, kommt für einen Erfolg der Asienpolitik Moskaus seiner Orientpolitik im „Großraum erweiterter Mittlerer Osten“, der Kleinasien mit der Türkei, das gesamte Kaukasusgebiet und das westliche Zentralasien mit den Ressourcen des Kaspischen Meeres und Südwestasien bis an die Grenze Pakistans einschließt, große Bedeutung zu.

Rußland hat durch den Verlust des Baltikums, Belarus', Moldowas und der Ukraine einen „Schock“ erlitten. Die Tendenz zur „Wiedervereinigung“ von Rußland und Belarus scheint stärker zu sein als alle Gegenkräfte und wirtschaftlichen Belastungen Rußlands in einem solchen Fall. Zudem ist in Rußland nach wie vor die Überzeugung verbreitet, daß die Ukraine „eigentlich“ zu ihm gehört. Es versucht, seine Einflußsphäre zu bewahren, und sieht als Ziel seiner Europapolitik die Verhinderung der NATO-Osterweiterung bzw. ihre Beschränkung auf möglichst wenige Staaten, die „Schadensbegrenzung“ durch eine „besondere Partnerschaft“ mit der NATO und seine Aufwertung zum „privilegierten Sicherheitspartner“ der NATO an.

Die NATO bleibt gegenüber dem fortbestehenden nuklearen Angriffspotential Rußlands (auch bei der Abrüstung) auf die USA angewiesen. Auch bei der internationalen Aktionsfähigkeit zur Krisenbeherrschung und Interessenwahrung der NATO zeichnet sich keine Alternative zu den USA ab. Die europäischen NATO-Länder können, so Rühl, noch auf lange Zeit nicht mehr sein als eine „Hilfskraft“. Moskau hat daraus für sich den Schluß gezogen, daß seine Beziehungen zur NATO wichtiger sind als zur EU. Es wird alles tun, um eine einheitliche euro-atlantische Sicherheitspolitik ihm gegenüber bzw. ohne seine Teilnahme zu verhindern.

Martin Malek befaßt sich mit der Politik Rußlands in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Er geht davon aus, daß der „patriotische Konsens“ in Rußland den mit dem Zerfall der UdSSR Ende 1991 entstandenen Status quo explizit ablehnt und seine Revision postuliert. Die Kremlführung forciert offiziell eine möglichst enge „Integration“ in der GUS vor allem in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär. Demgegenüber treten Kommunisten und Nationalisten offen für eine Wiederherstellung der UdSSR ein. Dies ist jedoch kein Widerspruch; im Gegenteil ergänzen sich die Linien von Führung und Opposition.

Nach Malek herrschen in Rußland folgende grundsätzliche und allgemein anerkannte Auffassungen zur Politik in der GUS: 1. Sie steht allgemein an erster Stelle der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten. 2. Die „Integration“ in der GUS ist „lebenswichtig“, es gibt zu ihr keine Alternativen. 3. Die „Integration“ ist noch nicht ausreichend intensiv. 4. Der Westen will die „Integration“ verhindern, behindern, sabotieren, stören usw. und Rußland „aus der GUS verdrängen“.

Die Ziele Rußlands in der GUS sind:

- Erhaltung bzw. Wiederherstellung seiner Dominanz im „postsowjetischen Raum“, d.h. in der GUS;
- eine abgestimmte oder sogar „gemeinsame“ Außen- und Sicherheitspolitik der GUS-Staaten;
- die ehemaligen Sowjetrepubliken sollen militärisch eng mit Rußland verbunden bleiben;
- Rußland soll in der GUS weiterhin Militärstützpunkte unterhalten;
- bei der Vermittlung von Konflikten in der GUS soll Rußland - und nicht dritte Länder oder internationale Organisationen - die führende Rolle spielen;
- in Krisengebieten der GUS sollen nur „Friedenstruppen“ aus Rußland (mit Hilfsfunktionen für Soldaten aus anderen GUS-Ländern) zum Einsatz kommen;

- Rußland will seinen Grenzschutz so weit wie möglich an der sog. „Außengrenze“ der GUS organisieren;
- die ehemaligen Sowjetrepubliken sollen wirtschaftlich auf Rußland orientiert bleiben.

Die Instrumente zur Erreichung dieser Ziele sind nach Malek:

- Die „Russischsprachigen“ (d.h. die ca. 25 Mio. Russen außerhalb des von Moskau regierten Territoriums plus andere russifizierte Slawen) in den anderen GUS-Staaten;
- Institutionen zur militärischen „Integration“ sowie russische Militärstützpunkte und -anlagen in der GUS;
- Ausnutzung bewaffneter separatistischer Bewegungen in Moldowa (Dnjestr-Gebiet), Georgien (Abchasien, Südossetien) und Aserbaidschan (Berg-Karabach);
- Maßnahmen gegen „feindliche“ Regierungen in der GUS;
- Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der anderen GUS-Staaten von Rußland.

Mögliche Krisen und Konflikte sieht Malek einerseits im Baltikum (Estland und Lettland haben große „russischsprachige“ Bevölkerungsteile), auf der russisch geprägten Halbinsel Krim (Ukraine), wo nach wie vor separatistische bzw. irredentistische Strömungen stark sind, im wirtschaftlichen Kampf um die Ressourcen des Kaspischen Meeres (vor allem Erdöl) und in Nordkasachstan, wo die „Russischsprachigen“ eine klare Mehrheit stellen.

Der Westen hat es bisher an Engagement in der GUS fehlen lassen und damit implizit Rußland als „Ordnungsmacht“ in diesem Raum anerkannt. Selbst das Vorgehen der Mehrheit der Staatsduma im März 1996, die Auflösung der UdSSR für „ungültig“ zu erklären, löste im Westen nur wenige und überaus zurückhaltende Reaktionen aus.

Die große Bedeutung der Ukraine bzw. ihrer Existenz als selbständiger Staat für Europas Geopolitik ist unstrittig. Olga Alexandrova geht in ihrem Beitrag auf Geographie, Demographie, Religionen, das politische System und die Wirtschaft der Ukraine ein und konstatiert eine innere Zerrissenheit des Landes. Die Autorin beurteilt die Rolle der Ukraine für die Entwicklung der europäischen Sicherheitsordnung und sieht eine Abkehr von der Gebundenheit an Rußland und eine „neue Westorientierung“ mit dem strategischen Ziel der Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen, obwohl sich die Ukraine offiziell zu einem neutralen bzw. blockfreien Status bekennt. Ein Unsicherheitsfaktor ist allerdings, daß Identitätsfindung und Nationsbildung auch sechs Jahre nach der Gewinnung der Unabhängigkeit nicht abgeschlossen sind. Ein Scheitern des Identitätsfindungsprozesses könnte zu einer Vertiefung der Spaltung der ukrainischen Gesellschaft und zu Instabilität und Konflikten führen.

Zentral für die Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine ist das Verhältnis zu Rußland, wobei die Spielregeln nach wie vor praktisch ausschließlich von Moskau diktiert werden. Die Russen haben nach wie vor große psychologische Schwierigkeiten, sich mit der Existenz einer unabhängigen Ukraine abzufinden. Das ist in den bilateralen Beziehungen der Ursprung der meisten Probleme für die Ukraine, die in der letzten Zeit zunehmend wirtschaftlicher Natur sind. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise kommt der wirtschaftlichen Sicherheit besondere Bedeutung zu; die Ukraine ist bei Energieträgern und Zulieferungen stark von Rußland abhängig. Zudem ist die Ukraine bei Rußland hoch verschuldet. Für Rußland ist nach Alexandrova „strategische Partnerschaft“ mit der Ukraine die Betonung weitgehender Übereinstimmung der Außen- und Sicherheitspolitik der beiden Länder unter seiner Führung, womit eine eigenständige Politik der Ukraine praktisch unmöglich würde.

Die ukrainische Beteiligung an der GUS ist aus der Sicht Rußlands unzureichend. Kiew hat seine politischen und militärischen Beziehungen zu den westlichen Nachbarn immer weiter

ausgebaut. Es war dabei u.a. bestrebt, durch vertraglich verankerte Nachbarschaftsbeziehungen vor allem die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen abzusichern. Alexandrova bezeichnet das neue Interesse der USA und der NATO an der Ukraine - das 1997 zum Abschluß einer eigenen Charta mit der NATO führte, die u.a. einen NATO-Ukraine-Rat vorsieht - als Erfolg für die Behauptung der Unabhängigkeit des Landes.

Die Ukraine strebt eine Freihandelszone mit der EU und in der Folge einen Beitritt an. Grundsätzlich beurteilt Kiew - nach anfänglicher Skepsis - heute eine NATO-Osterweiterung eher positiv. Die Ukraine strebt besondere Beziehungen zur NATO an und nimmt intensiv an der PFP teil. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine dürfte u.a. deswegen auch längerfristig illusorisch sein, weil zumindest bis zum Jahr 2017 die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim stationiert bleibt. Aber das Verhältnis zwischen der Ukraine und Moskau hat sich nach Christian Wehrschütz in letzter Zeit entspannt. Die Ukraine ist wieder deutlich an Rußland herangerückt und hat nach wie vor die Funktion einer „Pufferzone“ zwischen „Ost“ und „West“. Ihre außenpolitische Orientierung hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab, und die Qualität der ukrainischen Beziehungen zur NATO wird auch von der russischen Politik gegenüber der Ukraine bestimmt werden.

Die USA, die bei der nuklearen Abrüstung der Ukraine eine Rolle gespielt haben, wissen nach Wehrschütz die geopolitische Bedeutung der Ukraine heute zu schätzen; sie ist der drittgrößte Empfänger amerikanischer Auslandshilfe. Die ukrainische Unabhängigkeit ist aber eher ein Resultat der russischen Schwäche als Ergebnis einer Reformpolitik Kiews. Ein starkes Rußland und eine prosperierende Ukraine haben in der Geschichte niemals zur gleichen Zeit existiert. Verschiedene Faktoren sprechen für die Wiederannäherung der Ukraine an Rußland, so der Ende Mai 1997 unterzeichnete Grundlagenvertrag und die Abkommen zur Teilung der Schwarzmeerflotte. Ende Februar 1998 schlossen die beiden Staaten einen langfristigen (bis 2007 gültigen) Wirtschaftsvertrag ab, der die Stellung russischer Unternehmen weiter stärken wird. Präsident Leonid Kutschma will 1999 wiedergewählt werden, und er könnte versucht sein, durch eine Wiederannäherung an Rußland im russifizierten Osten und Süden der Ukraine Popularität wiederzugewinnen. Die ukrainischen Parlamentswahlen Ende März 1998 werden zu einer Stärkung des linken, antiwestlichen und reformfeindlichen Lagers führen. Deshalb ist laut Wehrschütz mit einer Intensivierung der Beziehungen der Ukraine zur NATO zumindest bis zu den Präsidentenwahlen 1999 nicht zu rechnen.

Es muß auch auf die „mäßigende“ Wirkung verwiesen werden, die der Prozeß der NATO-Erweiterung bereits auf Osteuropa ausübt. Außer den Vereinbarungen über die Rechtsstellung der Minderheiten zwischen der Slowakei, Ungarn und Rumänien ist die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn hinsichtlich des Minderheitenschutzes, der rumänisch-ukrainische Grundlagenvertrag und insbesondere die historische Aussöhnung zwischen Polen und der Ukraine zu nennen.

3. Mitteleuropa

Auch nach der „kleinen“ ersten Osterweiterung der NATO ist Europa ein Komplex unterschiedlicher integrierter geopolitischer und geoökonomischer Regionen mit verschiedener Integrationsdichte und Homogenität. Aber Ostmitteleuropa, das sich historisch als Pufferzone zwischen der von den jeweiligen Großmächten bestimmten „Verwestlichung“ und einer zwangsläufigen „Veröstlichung“ oszillierte, ist endlich auf dem Wege, durch doppelte Integration Bestandteil der euroatlantischen Region zu werden. Das ist der historisch präzedenzlose Beitrag Ostmitteleuropas zur Stabilität Europas als Ganzes. László Kiss meint, daß die drei zur Aufnahme in die NATO eingeladenen Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien) „westliche“ Länder in einer Region sein werden, die von Zonen von Bruchlinien und Instabilität umgeben ist. Das Problem dieser Staaten besteht darin, die Probleme ihrer neuen komplizierten Randlage antizipatorisch in den Griff zu bekommen. Es hängt viel davon ab, wann der Erweiterungsprozeß der NATO fortgesetzt wird und wie die „neuen Teilungen“ durch „harte“ und „weiche“ Institutionen sowie bi- und multi-bilaterale Maßnahmen gemildert und überbrückt werden können.

Nach der geopolitischen Revolution, die in Mittel- und Osteuropa vor sich gegangen ist, sind zwei konträre Erscheinungen zu beobachten, nämlich einerseits die Geopolitisierung oder Renationalisierung des sicherheitspolitischen Denkens, andererseits Reintegration und „Entgrenzung“, nämlich der Versuch der ostmitteleuropäischen Staaten, im Rahmen der EU auf die globalen Herausforderungen eine Antwort zu geben. Die „Rückkehr der Geschichte“ bedeutet auch die „Rückkehr der Nachbarschaften“. Die NATO-Osterweiterung trägt nach Kiss zur Stabilisierung der gutnachbarlichen Beziehungen, zur Vollendung des Systemwechsels sowie einer neuen Identitätsstiftung bei. Die Osterweiterung ist ein Teil der NATO-Reform und auch eine Suche nach einer neuen Sicherheitsordnung in Europa. Die NATO-Mitgliedschaft ist ein relevantes Mittel, die Symbiose aus Renationalisierung und Reintegration unter Kontrolle zu halten und eine neue Balance zwischen Nation und Integration im Sinne eines „integrierten Nationalstaates“ herzustellen.

Über die neue Rolle Deutschlands wird viel spekuliert. Andrzej Karkoszka untersucht, welche Rolle das wiedervereinigte, wirtschaftlich machtvolle, zentral in Europa gelegene und heute von freundlich gesinnten Ländern umgebene Deutschland für die Zukunft Europas spielen wird. Es stellt sich die Frage, ob es sich anmaßen will, eine unabhängige und dominierende Position einzunehmen oder ob es seine neue Stärke dazu benützen wird, die Stabilität und Prosperität Mitteleuropas und des gesamten Kontinents zu festigen. Um zu einer objektiven Beurteilung der Zielsetzungen einer künftigen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu gelangen, müssen die innenpolitische, die soziale und wirtschaftliche Situation, aber auch die Militärpolitik Deutschlands und schließlich Entwicklungstendenzen in der deutschen Gesellschaft betrachtet werden. Die Stabilität der deutschen Gesellschaft und ihre Beziehung zur Demokratie und zu freiheitlichen Werten sind weder durch den Wiedervereinigungsprozeß noch durch andere aktuelle Entwicklungen, insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit, unterminiert worden. Auch wegen der starken Exportorientierung und dem Interesse am Funktionieren internationaler Märkte ist Deutschland an Zusammenarbeit in der Außenpolitik interessiert. Es nimmt dadurch eine wichtige, ja durchaus führende Rolle in der europäischen Politik und im Hinblick auf die europäische Integration ein. Deutschland setzt sich sowohl für die Reform der EU und ihre tiefere Integration als auch für die EU-Erweiterung nach Osten ein. Durch sein Engagement für die Integration der Länder Osteuropas dient es auch den eigenen vitalen Interessen, indem es versucht, Stabilität auf seine unmittelbare Nachbarschaft zu übertragen. Dazu gehört insbesondere auch die Erweiterung der NATO, die ein unverzichtbarer Teil dieser Strategie ist, weshalb sie Deutschland trotz russischer Widerstände stets unterstützt hat..

Außer dem Verlangen nach Handelsliberalisierung hat Deutschland eigentlich keine spezifischen globalen Interessen. Seine Beziehungen zu den USA sind der Eckpfeiler der NATO und gemeinsam mit Frankreich ist es der Motor der EU. Deutschland mangelt es aber trotzdem nicht an ausreichender Achtung vor den russischen Interessen, denn schließlich ist Rußland trotz seines Abstieges immer noch von entscheidender Bedeutung für die europäische Sicherheit. Schließlich ist für Karkoszka die neue Beziehung mit Polen von Bedeutung; gerade in Polen wird die „normale“ Rolle Deutschlands sehr häufig positiv angesehen. Und gerade dort wird oft geurteilt, daß Deutschland - obwohl es, wie alle anderen Staaten auch, immer vor allem von Eigeninteresse geleitet sein wird - im Gegensatz zu manchen anderen Ländern durch das starke Engagement für europäische Stabilität und Integration jenes Land ist und bleiben wird, von dem gerade die Länder im Osten Europas sehr viel profitieren.

4. Außereuropäische Faktoren der europäischen Sicherheitspolitik

4.1. Europa und die Türkei

Die Schwierigkeiten der Europäer, ihre sicherheitspolitische Zukunft selbst zielführend zu entwickeln, zeigt sich auch - und insbesondere - im Mangel einer sicherheitspolitisch orientierten Politik gegenüber der Türkei. Heinz Kramer befaßt sich in seinem Beitrag mit der Bedeutung der Türkei für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems.

Stabilität und Sicherheit wird in einer Reihe von für oder in Europa kritischen Regionen ohne die konstruktive Mitwirkung der Türkei nicht zu erreichen sein.

- Die Stabilisierung der Lage im östlichen Mittelmeer wird sich ohne eine Verständigung mit der Türkei nicht verwirklichen lassen. Dies betrifft insbesondere die Zypernfrage und die türkisch-griechischen Spannungen in der Ägäis.
- Die türkische Unterstützung der Moslems in Bosnien-Herzegowina, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu Albanien und Mazedonien sowie das anhaltende Bemühen um einen Erfolg der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation sind Indikatoren für eine aktive türkische Politik im Balkanraum. Die Transformation des „endemischen Krisenherdes“ Balkan in eine stabile Ordnungszone stellt eine Prämisse für die Schaffung eines stabilen Sicherheitssystems in Europa dar.
- Die Entwicklung in der für die längerfristige europäische Energieversorgung wichtigen Region Naher und Mittlerer Osten wird von der Türkei über die Kurdenfrage, das Problem der Wassernutzung im Euphrat- und Tigrisbecken sowie die militärische Zusammenarbeit mit Israel spürbar mitbeeinflusst. Ein Anwachsen des regionalen Konfliktpotentials könnte auch für Europa unmittelbar gefährlich werden, vor allem wenn man die in verschiedenen nah- und mittelöstlichen Staaten in Gang befindlichen Rüstungsentwicklungen in Rechnung stellt.
- Auch die Zukunft der Kaukasusregion und des Raumes um das Kaspische Meer mit seinen erheblichen Öl- und Gasvorräten wird von den Entscheidungen der türkischen Politik entscheidend mitgeprägt.

Nach Kramer hat die Türkei als Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der WEU einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Gestaltung der künftigen europäischen Sicherheitsordnung im engeren Sinn. Die Türkei kann den Prozeß der NATO-Erweiterung verzögern. Eine solche potentielle „Blockadepolitik“ der Türkei, die dadurch bedingt wird, daß die EU die Türkei bislang nicht in den Kreis ihrer Kandidaten aufgenommen hat, könnte somit

auch für Österreich negative Konsequenzen nach sich ziehen, falls sich Wien dazu entschließen sollte, die sicherheitspolitische Option eines NATO-Beitritts zu verfolgen.

Für Kramer erscheint die Einbindung der Türkei in die neue europäische Sicherheitsarchitektur (inklusive einer längerfristigen Option eines EU-Beitritts nach Erreichung europäischer Standards im Menschenrechts- und Demokratiebereich) sinnvoll. Ein sicherheitspolitisches „Abdriften“ des Landes in den asiatisch-moslemischen Bereich müßte verhindert werden. Andernfalls könnte es langfristig an der sicherheitspolitisch sehr sensiblen südosteuropäischen Randzone zur Etablierung einer starken moslemischen Regionalmacht kommen, die durch die „Ablehnung durch Westeuropa“ zwangsweise mit antieuropäischen Reflexen behaftet sein würde.

4.2. Der Ferne Osten

In der Großregion Ferner Osten/Westpazifik funktioniert die Pax Americana, wenngleich, wie Kay Möller attestiert, in neuer Form. Jedenfalls kontrollieren die USA Nordostasien und die Schifffahrtswege in Südostasien. An den Rändern dieses Bereichs kann China seine Einflußzone errichten. Die derzeitige Wirtschaftskrise rückt die Möglichkeit eines großchinesischen Wirtschaftsraumes - und damit das mögliche Ende der Pax-Americana - in weite Ferne. Die Störfaktoren liegen primär in der Möglichkeit unkontrollierbarer Entwicklungen in und um Korea sowie einem Konfliktes um Taiwan.

Pekings schleichende Expansion zeigt allerdings, daß die Entwicklung kooperativer sicherheitspolitischer Instrumente in Asien kurzfristig nicht zu erwarten ist. So bleiben als Alternativen die Pax Americana oder ein multipolares Gleichgewicht der Hauptakteure (unter Mitwirkung regionaler Akteure) bzw. kurzfristig auch eine (wenig stabile) regionale Bipolarität USA - China.

Kurzfristig stellt das Ressourcenproblem (für China hinsichtlich Nahrungsmittel und Öl) nach Möller noch keinen Anlaß für militärische Auseinandersetzungen dar; längerfristig steht es aber in einem indirekten Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik. Die Neigung, innere und äußere Konflikte notfalls gewaltsam zu lösen, ist in einzelnen Staaten der Region jedenfalls vorhanden (z.B. ist ein aggressives Auftreten Chinas im Spratly-Archipel, in Korea, in Südostasien und gegenüber Taiwan nicht auszuschließen).

Voraussetzungen einer chinesisch-japanischen oder einer japanisch-russischen strategischen Partnerschaft sind derzeit nicht zu erkennen. Die chinesisch-russische „strategische Partnerschaft“ hätte immerhin die Basis des gemeinsamen Interesses an einer Begrenzung des amerikanischen Einflusses sowie einer Ordnungspolitik in Zentralasien bzw. der Kontrolle ethnischer Minderheiten. Die US-japanischen Beziehungen bzw. das japanische Vertrauen in die amerikanische (nukleare) Sicherheitsgarantie können entscheidend sein, ob es hinsichtlich der möglicherweise aggressiver werdenden chinesischen Politik zu einer - innert kurzer Zeit möglichen - Entwicklung von Atomwaffen durch Japan, aber auch durch Taiwan und Südkorea kommt.

Japan hat noch keine strategische Offensivkapazität, wohl aber das Potential, sie in relativ kurzer Zeit bereitzustellen. Rußlands Marineeinsatzmöglichkeiten sind derzeit auf das Ochotsksche Meer und die nördlichen Japansee beschränkt. China wird sich nach Möllers Beurteilung in absehbarer Zeit wohl damit begnügen, punktuelle Territorialansprüche gegen kleinere Nachbarn durchzusetzen, ohne dabei von den USA behindert zu werden. Die Auswirkung einer solchen Destabilisierung oder gar einer (vielleicht nach 2010 möglichen) bewaffneten Auseinandersetzung mit Taiwan auf die Rolle der USA sind noch nicht abschätzbar.

Im Falle eines Versagens der Pax Americana z.B. hinsichtlich Taiwan bzw. der chinschisch-amerikanischen Krisenverhinderung bezüglich Korea (mit dem Ergebnis eines Vertrauensschwundes Japans in die US-Bereitschaft zur Verteidigung seiner Verbündeten), wäre auch eine neue Basis für eine japanisch-chinesisch-russische Kooperation im Fernen Osten gegeben.

Von Indien geht keine Machtprojektion über den südasiatischen Bereich hinaus. Es bleibt wegen seiner ungelösten Konflikte mit Pakistan auch dort ein Akteur mit begrenzten Möglichkeiten, muß es doch auf China Rücksicht nehmen. Die indisch-pakistanische Atomwaffenkonkurrenz und die russisch-indische Kooperation könnten die Machtverhältnisse in Süd-asien beeinflussen und dadurch wiederum weitere Auswirkungen haben.

In der nächsten Zeit muß mit einem Wachsen des Gewichts Pekings in Ost- und Südostasien gerechnet werden. Die USA werden, so Möller, gewisse Interessen der Chinesen respektieren. Logisch wäre aber die Verstärkung der Kooperation der USA mit Japan wegen der gemeinsam identifizierten Gefahren einer Destabilisierung Ostasiens wegen Taiwan und Korea. Freilich bleibt das künftige Engagement der USA im Fernen Osten ungewiß. Derzeit nehmen nur sie die westlichen Interessen in Fernost wahr; EU-Bemühungen waren, so das Resümee Möllers, bislang eher kontraproduktiv.

Europa müßte, so kann man folgern, am weiteren Engagement der USA im Westpazifik interessiert sein, wenn es schon selbst nicht fähig ist, politische Beiträge zur Stabilität dieser Region zu leisten. Die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten Südostasiens haben Sorgen um die weltwirtschaftliche Entwicklung ausgelöst. Ernste Krisen oder militärische Auseinandersetzungen in dieser Region würden aufgrund des gegebenen Eskalationspotentials und der Beteiligung fast aller außereuropäischer Militär- und Wirtschaftsmächte globale Auswirkungen haben.

Die Ressourcen der USA werden für so weitreichende Stabilisierungs- und Ordnungsaufgaben wie im Fernen Osten und im Nahen und Mittleren Osten auf Dauer nicht ausreichen. Sie werden auf Kooperation mit jenen Staaten angewiesen sein, die prinzipiell die selben strategischen Interessen haben, und das sind - begrenzt - Japan und - generell - das demokratische Europa. Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen wird also entscheidend für die globale Entwicklung sein. Sie wird insbesondere über die europäische Sicherheitsordnung entscheiden, weil sowohl das weitere Engagement der USA in und für Europa als auch die Suche der USA nach strategischen Partnern außerhalb Europas davon abhängen wird. Eine sich aus der Entwicklung im Fernen Osten ergebende engere Kooperation der USA mit Rußland würde unmittelbare Auswirkungen auf den Stellenwert Europas haben.

5. Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen

Die Bedeutung der Beziehungen zwischen Europa und den USA läßt sich drastisch vor Augen führen, wenn man die Entwicklungen erwägt, die wahrscheinlich eintreten würden, wenn Europa und die USA auseinanderdriften. Dazu könnte es nach Peter Schmidt kommen, wenn isolationistische Kräfte in den USA obsiegen. Die Europäer wären überfordert, die Rolle der USA in der Weltpolitik zu übernehmen. Rußland hingegen könnte sich in zwei Richtungen orientieren: Entwickelt es sich autoritär und außenpolitisch offensiv bzw. aggressiv, dann stünden ihm die Europäer alleine gegenüber, und es stellte sich die Frage, wie geeint sie wären. Perzipiert Rußland nicht den Westen, sondern China als die eigentliche Herausforderung, so würde es ohne den europäisch-atlantischen Rückhalt zu substantiellen Aufrüstungsmaßnahmen greifen müssen. Dies ist nicht im Interesse der europäischen Staaten.

Die Beziehungen zwischen EU/WEU, NATO und USA sind in einer eigentümlichen und widersprüchlichen Schwebelage. Einerseits sind zwar auf beiden Seiten des Atlantiks Bemühungen erkennbar, die Beziehungen auf allen Ebenen auf eine neue und solide Basis zu stellen. Andererseits gibt es aber genug Konflikte, die noch nicht gelöst sind, wie bei der Reform der NATO (insbesondere zwischen den USA und Frankreich) oder in Handels- und Industriefragen wie der Liberalisierung des Agrar- und Kommunikationssektors oder der Konkurrenz in der Rüstungsindustrie. Die Europäer versuchen, ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu stärken, und die USA haben die europäischen Bemühungen zur Entwicklung einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik prinzipiell anerkannt. Trotzdem sehen sie die Aktivitäten der EU, der GASP und der WEU nach Schmidt primär auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet und meinen, in risikobehafteten Konfliktszenarien die militärische und politische Führung immer selbst übernehmen zu müssen.

Wirtschaftliche Konflikte können heute leichter auf die sicherheitspolitischen Beziehungen durchschlagen als in der Zeit der Ost-West-Konfrontation, doch an sich sind die wirtschaftlichen Beziehungen über den Atlantik hinweg ausgewogen und stabil. Schmidt meint, daß nur vordergründig ein Widerspruch in den transatlantischen Beziehungen gegeben ist, denn Amerikaner und Europäer sind letztlich Partner, die aufeinander angewiesen sind. Man kann deshalb davon ausgehen, daß sich positive Tendenzen für die transatlantischen Beziehungen entwickeln. Denn obwohl die USA von ihrem verfügbaren politischen und militärischen Instrumentarium her tatsächlich die einzig verbleibende Supermacht sind, wird die Reichweite amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik durch innenpolitische und wirtschaftliche Bedingungen deutlich eingegrenzt. Die USA brauchen Partner. Sie werden sich deshalb - allerdings unter zwei Bedingungen - weiterhin in Europa stark sicherheitspolitisch engagieren: Erstens wird auch die Europa erkennbare Beiträge zur Bewältigung regionaler Krisen leisten müssen, und zweitens wird es (oder zumindest einige europäische Länder) im Falle militärischer Konflikte Solidaritätsbeiträge leisten müssen.

Schwierigkeiten für die transatlantischen Beziehungen sieht Schmidt allerdings im Zusammenhang mit den nächten Runden der NATO-Erweiterung und hinsichtlich der Abstimmung der NATO-Erweiterung mit der Erweiterung der EU. Die USA haben die Erweiterung der NATO auf Polen, Tschechien und Ungarn beschränkt, weil dies Teil einer sorgsam ausbalancierten Politik im Hinblick auf Rußland, aber auch hinsichtlich der innenpolitischen Situation in den USA selbst ist. Hier sind folglich Spannungen und Konflikte zwischen den USA und den an einer Folgerweiterung interessierten europäischen Staaten zu erwarten. Auch kann vermutet werden, daß die USA auf den Prozeß der Erweiterung der EU Einfluß nehmen.

6. Die NATO als entscheidender Faktor einer europäischen Sicherheitsordnung

Christoph Bertram untersucht die Frage, ob die NATO das Fundament eines neuen europäischen Sicherheitssystems sein kann. Als die politische Teilung Europas überwunden wurde, war es zunächst unvorstellbar, daß die NATO zum Eckstein einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur werden könnte. Heute scheint es undenkbar, daß diese Rolle von einer anderen Organisation übernommen wird. Die NATO ist heute eine Institution der kollektiven Verteidigung, die zugleich eine kollektive Sicherheitsorganisation wird. Niemand kann sagen, ob diese doppelte Natur der Allianz geeignet ist, ihre Überlebensfähigkeit zu steigern, aber eine bessere Perspektive für Europa gibt es nicht. Die weitere Entwicklung der NATO wird u.a. davon abhängen, ob wieder ernste Bedrohungen aufkommen.

Die militärischen und wirtschaftlichen Strukturen des Ostens sind zerfallen, die des Westens waren hingegen erfolgreich und übten eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf den Osten aus.

Für die westlichen Regierungen war die NATO auch nach dem Ende des Kalten Krieges ein enges politisch-militärisches Koordinationsorgan, und man befürchtete, daß eine Erweiterung zu einer Aufweichung führen würde. Die Zusammenarbeit mit Rußland schien strategisch viel wichtiger als die Öffnung der NATO. Als Ersatz für die Mitgliedschaft in der NATO wurde daher die PfP ins Leben gerufen. Aber gerade sie verstärkte den Drang zur Mitgliedschaft und bereitete zugleich auf diese vor. Der Umstand, daß der Westen zunächst den Einwänden Rußlands mehr Gehör schenkte als den Wünschen der ostmitteleuropäischen Staaten, verstärkte deren Streben in die NATO, weil gerade die Kritik Moskaus an der NATO-Erweiterung alte Ängste hervorrief. Wesentlich für die Osterweiterung der NATO war der Appell der Osteuropäer an die Gefühle (des Westens), zum Westen gehören zu wollen. Gefühle haben - jedenfalls in den USA - gegenüber klugen politischen Analysen gesiegt. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls Christoph Bertram.

Tatsächlich liegt die Erweiterung aber auch im Interesse der alten Mitglieder der NATO, denn diese braucht einen neuen Bündniszweck. Der Weiterbestand der Allianz ist sinnvoll, auch wenn es auf absehbare Zeit keinen plausiblen Feind mehr hat (- es ist zwar denkbar, aber höchst unwahrscheinlich, daß Rußland eine ähnliche Gefahr wird wie es die Sowjetunion war). Es ist ganz einfach besser um die Sicherheit bestellt, solange die NATO besteht und die USA an Europa bindet (Es ist jedoch nicht ganz unwahrscheinlich, daß ein Rußland ohne NATO die europäischen Mächte auseinanderdividieren würde, was zu nicht wünschenswerten Machtgleichgewichten führen könnte.). Es bedarf des Bewußtseins einer neuen Herausforderung, die nicht nur bei Sicherheitspolitikern, sondern auch bei einer breiteren Schicht engagierter Bürger vorhanden sein muß.

Bertram sieht drei mögliche Aufgaben für eine weiter bestehende NATO:

- Allgemeine „Versicherungspolizze“ für den „Fall der Fälle“;
- Krisenmanager für Europa (- und vielleicht sogar darüber hinaus);
- Stabilitätsrahmen für Europa.

Die erste Aufgabenstellung ist sinnvoll, wird aber nicht als rechtfertigende Herausforderung gesehen.

Die zweite Aufgabenstellung ist deswegen gerechtfertigt, weil die internationale Ordnung auch in Zukunft notfalls militärische Zwangsmittel erfordern wird; die NATO könnte der Staatengemeinschaft das dafür nötige Instrumentarium zur Verfügung stellen. Die Schwäche dieser Aufgabenstellung (die sich auf „out-of-area“-Einsätze bezieht) als eine das Bündnis

zusammenhaltende Funktion liegt im Mangel an einem gemeinsamen Handlungswillen (Die künftige Möglichkeit, daß sich „Koalitionen von Freiwilligen“ im Rahmen von Combined Joint Task Forces [CJTF] organisieren, an denen sich NATO-Mitglieder und Nichtmitglieder beteiligen, deren Interessen von einem konkreten Konflikt besonders betroffen sind, wird von Bertram dabei m. E. etwas zu beiläufig erwähnt. Sie könnte jedoch ein wegweisender Ansatz künftiger Krisenmanagementmechanismen werden.).

Die sowjetische Gefahr empfanden seinerzeit alle NATO-Mitglieder gleichermaßen, aber die vielen kleineren Gefährdungen heute werden unterschiedlich beurteilt; sie einigen nicht, sondern spalten. Nach Bertram wird sich ein Wille zu gemeinsamem Vorgehen eher als Ausnahme denn als Regel einstellen. Aber selbst wenn die Europäer zu einer gemeinsamen Politik finden sollten, bleibt das schwierige Problem der Einbindung der USA in ein umfassendes Krisenmanagement, weil dieses auch eine präventive Diplomatie und Politik umfassen sollte; den USA fällt die Einordnung in eine transatlantisch koordinierte Außenpolitik schwer, weil sie üblicherweise eine einmal formulierte Politik nicht mehr zur Disposition stellen. Schließlich bedarf eine über Selbstverteidigung hinausgehende militärische Operation eines legitimierenden Mandats von UNO oder OSZE. In schwierigen und ernstesten Situationen wäre dies wegen des Vetorechts Rußlands und Chinas im UNO-Sicherheitsrat unsicher, ganz abgesehen davon, daß die NATO dabei ja lediglich zum Handlanger von UNO oder OSZE würde. Deshalb eignet sich das Krisenmanagement bzw. die internationale Krisenintervention laut Bertram nicht als künftige politische Herausforderung für die NATO.

Die dritte Aufgabe, d.h. die Entwicklung der NATO zum Stabilitätsrahmen für ganz Europa, ist für Bertram die ehestmögliche Sinnstiftung. Diese Aufgabe findet auch Rückhalt bei den Bürgern, und es gibt keinen Zweifel, daß die NATO auch nach dem Ende der Sowjetunion ein Unterpfand für die Stabilität in ganz Europa ist. Die Erweiterung der NATO ist viel schneller durchzuführen und unproblematischer als eine Aufnahme neuer Mitglieder in die EU. Deshalb ist die EU-Ausdehnung keine Alternative, sondern eine Parallele zur NATO-Erweiterung.

Das Problem der Umorientierung der NATO in eine ganz Europa umfassende Stabilitätsgemeinschaft besteht darin, daß die NATO das alte Element kollektiver Verteidigung mit dem künftigen Element einer Organisation kollektiver Sicherheit vereinen muß. Ob ihr das auf Dauer gelingen kann, wird darüber entscheiden, ob das gegen den sowjetischen Expansionsdrang geschaffene Militärbündnis zum europäischen Sicherheitssystem wird. Andere multilaterale Ansätze, insbesondere die OSZE, sind keine Alternativen dazu, sondern haben begleitende und ergänzende Funktionen.

Schließlich untersucht Bertram die Konsequenzen dieser NATO-Umorientierung und versucht die Fragen zu beantworten, welche Auswirkungen sich hinsichtlich des politischen Anspruchs der NATO, den Herausforderungen für den inneren Zusammenhalt (- die Möglichkeit zur Verbesserung der Entscheidungsstrukturen bei einer größer werdenden NATO liegt nach Auffassung Bertrams in bewußter Dezentralisierung), des Ausmaßes der mit der Erweiterung neu übernommenen Beistandsverpflichtungen (- die heute viel flexibler gesehen werden müssen) und - für Österreich besonders interessant - der Konsequenzen für jene Staaten, die einer Mitgliedschaft bisher abwartend gegenüberstehen, ergeben. Ähnlich wie Schweden u.a. früher neutrale Staaten hat Österreich über die Pfp und IFOR/SFOR bereits eine Art indirekte Mitgliedschaft in der NATO. Es stellt sich die Frage, ob man sich damit zufrieden geben soll oder ob eine Vollmitgliedschaft nicht doch vorteilhafter wäre. Für die NATO selbst ist das weniger wichtig, weil die meisten Länder Europas ohnedies (auch ohne Beitritt) in ihr Geflecht einbezogen sind. Für einen einzelnen Staat stellt sich aber die Frage, ob er dem Kreis angehören will, in dem über die Entwicklung des Sicherheitssystems, von dem auch er abhängt, ent-

schieden wird. Im Hinblick auf die Entwicklung der „Sicherheitsgemeinschaft“ EU ist der Beitritt eines (früher neutralen) EU-Mitgliedes zur NATO Ausdruck europäischer Solidarität.

Ernst-Otto Czempiel sieht die Funktion der Erweiterung der NATO für die Stabilität Europas anders. Er geht davon aus, daß die Ungewißheit, die das internationale System charakterisiert, eine der großen Gewaltursachen ist. Das internationale System ist ein Selbsthilfesystem, und da sich jeder auf seine eigene Verteidigung vorbereiten muß, wird Unsicherheit nicht vermindert, sondern vermehrt. Das „Sicherheitsdilemma“ besteht dahin, daß das Verhalten, das Sicherheit bewirken soll, sie erst recht gefährdet. Und so bleibt für Czempiel die Osterweiterung der NATO in der Tradition der Theorien des Realismus und Neorealismus, in der die Antwort auf die Unsicherheit in Aufrüstung, Allianzbildung und Gleichgewichtspolitik besteht.

Die zweite große Gewaltsursache besteht nach Czempiel in der autoritär-diktatorialen Verfassung der Herrschaftssysteme. Das demokratische Herrschaftssystem hat in Westeuropa eine Friedenszone geschaffen. Daher wäre die energische Förderung der Demokratisierung der politischen Systeme Osteuropas oberstes Gebot. Gelingt sie, entsteht umfassende Sicherheit; gelingt sie nicht, wird die Grundlage für neue, möglicherweise gewalttätige Konflikte gelegt. Konsequenterweise müßte deshalb alles unterlassen werden, was den Demokratisierungsprozeß in Rußland beeinträchtigt. Czempiel meint, daß der Westen sehr wohl Möglichkeiten habe, diesen Prozeß zu fördern. Es wird auch einiges (z.B. von der EU) in dieser Hinsicht getan, doch reicht das noch nicht aus.

Der Westen könnte sich durchaus auf eine Strategie zur Verringerung der Gewaltursachen einlassen, hat er doch für den „Fall der Fälle“ die NATO. Niemand verlangt, sie abzuschaffen, da sie als Stabilitätsproduzent, als Krisenversicherung und als Beistandsgarant für die mittelosteuropäischen Länder gebraucht wird (Nicht ganz einfach nachzuvollziehen ist allerdings die Überlegung Czempiels, daß sich der Westen mit der Reserve der NATO im Hintergrund auf modernere Strategien einlassen könne, die die Verteidigungsvorsorge eines Tages entfallen lassen könnten. Das ist nichts anderes als der auch bei Bertram anzutreffende Gedankengang, daß die NATO sowohl Elemente eines kollektiven Verteidigungssystems als auch die Anfänge einer Organisation kollektiver Sicherheit in sich vereint. Wenn dem so ist, ist die Osterweiterung als offener Prozeß auch eine Vergrößerung der westlichen Friedenszone.). Eines Tages - sofern alles gut verläuft - kann die NATO dann tatsächlich von einer Verteidigungsallianz in eine Organisation kollektiver Sicherheit transformiert werden. Der Unterschied in den Überlegungen zwischen Bertram und Czempiel betrifft letztlich die Sinnhaftigkeit der Osterweiterung. Auch für Czempiel hat die NATO ihr Leistungsvermögen durch die Errichtung einer westeuropäischen Friedenszone unter Beweis gestellt. Er will diese Leistung auch in Richtung Osten einsetzen und ihre Kapazität für die Neuordnung Europas nutzen - aber nicht durch die Osterweiterung der NATO. Für ihn ist die Entwicklung des russischen Herrschaftssystems in die „richtige“ Richtung entscheidend. Eine erfolgreiche Demokratisierung Rußlands würde verhindern, daß dessen Verhältnis zu den anderen Staaten der GUS nicht wieder in hegemoniale oder imperiale Formen umschlägt. Aber die Erweiterung der NATO zielt, so Czempiel, nicht auf Erzeugung umfassender Sicherheit, sondern Expansion der Verteidigungsfähigkeit ab. Für ihn ist das das alte Konzept von Gleichgewichtspolitik und Gegenmachtbildung. Es wird Ungewißheit und Gegenmaßnahmen Rußlands (u.a. Gegenrüstung) auslösen. Czempiel vermutet, daß auch die Kooperationsbereitschaft Rußlands durch die NATO-Osterweiterung geringer wird. Haben die Visegrad-Staaten Angst vor Rußland, so hat Rußland Angst vor dem Westen, zumal wenn dieser seine strategische Ausgangsposition durch die Osterweiterung erheblich verbessert. Rußland wird deshalb seine Rüstungskontrollpolitik und das Verhältnis zum Westen insgesamt zu überdenken beginnen. Die Schutzinteressen der mittelosteuropäischen Staaten sind zwar real und angesichts ihrer historischen Er-

fahrungen verständlich, aber man hätte ihnen den EU-Beitritt und eine Beistandsgarantie durch die NATO geben sollen, aber nicht die Möglichkeit, der Allianz voll beizutreten (Auf die Realisierungsmöglichkeit dieser Überlegung geht Czempiel allerdings nicht ein.). So setzt nach Czempiel die Osterweiterung der NATO die Sicherheit Mitteleuropas generell aufs Spiel, nur um die Verteidigungsfähigkeit einiger weniger Staaten, die auf absehbare Zeit ohnehin unnötig ist, zu erzeugen. Die Osterweiterung der NATO ist für Czempiel also bestenfalls suboptimal. Bleibt sie auf die derzeitigen Beitrittskandidaten beschränkt, ließe sich auch der Schaden begrenzen. Eine rasche Ausweitung der EU auf alle osteuropäischen Staaten und eine Reaktivierung der OSZE zwecks Bearbeitung des Sicherheitsdilemmas könnten die Osterweiterung der NATO in einen kooperativen Kontext einspinnen.

Allerdings muß man Tatsachen zur Kenntnis nehmen: Die NATO-Erweiterung wurde eingeleitet. Sie kann leichter bewerkstelligt werden als die Ausdehnung der EU, die institutionell noch nicht auf eine große Erweiterungsrunde vorbereitet ist. Auch wenn die Osterweiterung der EU nun in Gang kommt, so ist die weitere Entwicklung heute noch nicht abzusehen.

7. Mitteleuropa, Österreich und die NATO

Fast alle europäischen Staaten sind in das Geflecht der NATO eingebunden. Die Allianz ist die Institution, die im Begriff ist, eine neue Sicherheitsstruktur in Europa aufzubauen. Daher kommt auch Österreich nicht umhin, seine Position gegenüber der NATO zu bestimmen. Mit diesem Thema befassen sich Hanspeter Neuhold, Peter Schmidt und Andrzej Kaminski.

Neuhold untersucht die Möglichkeiten österreichischer Sicherheitspolitik zwischen Alleingang und Integration. Er geht von der sicherheitspolitischen Lage, gegebenen und denkbaren Bedrohungen und Gefährdungen aus und beurteilt die mögliche Wirkungsweise der internationalen Institutionen. Er behandelt die Sicherheitsgarantien aus einer Bündnismitgliedschaft ebenso wie die sicherheitspolitische Wirksamkeit der Neutralität, die Arbeitsweise der OSZE, die Möglichkeiten von UNO und EU. Neuhold schlägt keine konkreten Optionen vor, wengleich nach seiner persönlichen Meinung bei einer Abwägung aller Vor- und Nachteile der NATO-Beitritt Österreichs die günstigste Option wäre (allerdings erfüllt ihn die „Problematik der Osterweiterung mit einem gewissen Unbehagen“; vgl. seinen Beitrag „Optionen österreichischer Sicherheitspolitik“, in: Österreichische Militärische Zeitschrift [ÖMZ] 4/1997, S.406).

Eindeutig positiv äußert sich Kaminski zum NATO-Beitritt Österreichs. Europa liegt in der Mitte einer neu zu errichtenden globalen Sicherheitsordnung. Während der letzten fünf Jahre hat Österreich in den sicherheitspolitischen Angelegenheiten des Kontinents eine eher marginale Rolle gespielt. Aus seiner Neutralität in der Zeit des Kalten Krieges war Österreich einfach zu einer peripheren Rolle verurteilt. Die Mitgliedschaft in der EU hat diese Situation nicht signifikant verändert. Die Entscheidung, der NATO beizutreten, würde Österreich jedoch eine sehr differenzierte Perspektive eröffnen. Aufgrund der geopolitischen Lage, den historischen und kulturellen Beziehungen könnte es eine wesentliche Rolle in der für Europa so vitalen ostmitteleuropäischen Region spielen. Gerade wegen seiner Kleinheit hätte Österreich den Vorteil, eine gewisse Rolle spielen zu können, weil es von seinen Nachbarn nicht als potentielle Bedrohung betrachtet wird. Aufgrund seiner Lage würde Österreich aber signifikanten Einfluß auf mögliche militärische Machtprojektionen der NATO haben und auch auf die von der EU ausgehenden politischen und ökonomischen Prozesse einwirken können.

Eine österreichische NATO-Mitgliedschaft würde nach Meinung Kaminskis das Land in die Lage versetzen, positiv auf den Balkan einzuwirken. Sie würde auch einen Beitrag zur Stabili-

sierung in den Beziehungen zwischen den früheren Satelliten der Sowjetunion (insbesondere zwischen Ungarn und der Slowakei sowie zwischen Ungarn und Rumänien) bedeuten. Sogar hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Schwarzmeerregion könnte sie ein konstruktives Engagement bewirken und helfen, eine Nord-Süd-Achse in der europäischen Politik zu aktivieren. Schließlich könnte Österreich Deutschland von der Verpflichtung entlasten, der einzig zuverlässige Advokat für die Regionen Ost- und Südosteuropa zu sein. Aber auch für Österreich selbst wäre der NATO-Beitritt laut Kaminski gut, ist es doch ein Bezugspunkt für internationale Unternehmungen, die sich auf den osteuropäischen Märkten engagieren wollen.

Auch für Peter Schmidt ist der NATO-Beitritt Österreichs sinnvoll, eigentlich sogar logisch zwingend. Für ihn ist die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft mit Souveränitätserhalt bzw. Neutralitätswahrung nicht glaubwürdig. Spätestens mit der Vereinbarung im Amsterdamer Vertrag, daß der Europäische Rat auch Richtlinien in WEU-Angelegenheiten erlassen kann, wurde die Neutralität aufgegeben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis auf strikt zwischenstaatlicher Grundlage, die die souveräne Entscheidung jedes Mitglieds nicht tangiert. Dagegen enthält die EU die Perspektive des Souveränitätsverzichts durch Anleihen an supranationale Entscheidungsverfahren (Entscheidung durch qualifizierte Mehrheitsentscheidung bei gemeinsamen Aktionen sind hypothetisch möglich).

Österreich muß selbst entscheiden, ob es der NATO beitrifft oder nicht. Die Allianz drängt es nicht zur Mitgliedschaft, würde aber einen Beitrittsantrag nicht zurückweisen.

Für die Entscheidung über eine NATO-Mitgliedschaft Österreichs ist nach Schmidt die Überlegung zu berücksichtigen, ob es eine eher aktive und gestaltende oder aber defensive und reaktive Politik betreiben will. Die erste Option ist nur im Falle einer Mitgliedschaft in der NATO zu realisieren. Nur eine WEU-Mitgliedschaft anzustreben ist kein gangbarer Weg, weil die wichtigsten europäischen Staaten diese Option ablehnen, ein solcher Schritt wegen der engen Verflechtung von WEU und NATO unglaublich wäre und die GASP weiterhin unter strukturellen Schwächen leidet und des „backups“ durch die NATO bedarf.

Schmidt weist auf die komplexe Sicherheitsstruktur hin. Es stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen heute überhaupt noch die Bereitschaft besteht, militärische Mittel einzusetzen. Der zweite Golfkrieg 1991 hat die Rahmenbedingungen verdeutlicht: Beschluß des UNO-Sicherheitsrates, Schaffung einer möglichst großen politischen Koalition, Herstellung einer überwältigenden militärischen Überlegenheit. In allen größeren denkbaren Konflikten in Europa sind Interessen Rußlands und der USA tangiert. Es wäre politisch ein schwerer Fehler, diese Staaten nicht von Anfang an an einer möglichen Problemlösung zu beteiligen. Die NATO (inkl. NATO-Rußland-Rat) ist dafür der geeignete Rahmen.

Angesichts der aktuellen Trends der rüstungstechnischen Entwicklung sowie der daraus resultierenden strategischen Konsequenzen zeichnet sich insbesondere für einen Kleinstaat wie Österreich ab, daß es bei der Wahrnehmung einer effektiven Landesverteidigung praktisch keine Alternative zu einer ebenso umfassenden wie engen Kooperation vor allem mit Staaten gibt, deren Sicherheitsinteressen mit jenen Österreichs de facto übereinstimmen. Holger Mey behandelt in seinem Beitrag die Verteidigungsmöglichkeiten von Kleinstaaten im Hinblick auf die technische Entwicklung der Kriegsführung und behandelt Faktoren, die zu einer drastischen Überforderung der Verteidigungskapazitäten von Kleinstaaten führen.

Zu rüstungstechnischen Entwicklungen kann generell gesagt werden, daß zwar die Duellfähigkeit der konventionellen Systeme laufend verbessert wird, insgesamt aber der Trend zur

Verfügbarkeit über strategische Systeme - und insbesondere atomare, chemische und biologische Waffen - zunimmt. Die Qualitätssprünge in der EDV eröffnen neue militärische Nutzungsmöglichkeiten, aber auch Verwundbarkeiten, die die politische und soziale Struktur eines Landes unmittelbar treffen können und gegen die Schutzmaßnahmen nur im internationalen Verbund möglich sind. Die Schnelligkeit und Reichweite militärischer Operationen gerade bei Maßnahmen zur internationalen Friedenssicherung erfordert einen logistischen Aufwand, der alleine kaum mehr bewältigbar ist. Staaten mit geringer räumlicher Ausdehnung und empfindlicher Infrastruktur haben praktisch kaum Möglichkeiten, eine autonome Abwehr von Fernwaffen (ballistische Flugkörper und Marschflugkörper) und Hochleistungsflugzeugen zu organisieren. Die Steigerung der Kampfkraft des Einzelkämpfers (des Infanteristen wie auch des Terroristen) erfordert neuartige Abwehrmaßnahmen bei Ländern mit hoher infrastruktureller Empfindlichkeit und verwischt nicht nur nationale Grenzen, sondern auch Unterschiede zwischen polizeilichen und militärischen Aktionen. Ein Staat, der auf moderne Streitkräfte Wert legt, kann sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Gerade im internationalen Verbund eröffnet sich die Möglichkeit einer Konzentration auf begrenzte Aufgabenbereiche. Die Preissteigerungen bei den Waffensystemen und die laufende Erhöhung der Betriebskosten einerseits sowie Einsparungs- und Reduzierungsmaßnahmen in nahezu allen westeuropäischen Staaten andererseits führen dazu, daß Kleinstaaten an die Grenze der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Unterhaltung kompletter und moderner Streitkräfte stoßen. Die Schere zwischen wachsenden Aufgaben und schrumpfenden Ressourcen für die Streitkräfte nötigt, so Mey, gerade Kleinstaaten zu umfassender Kooperation. Zwar zeigt sich, daß Krisenbewältigung auf Distanz eine unabwiesbare strategische Notwendigkeit ist, doch hat kein europäischer Staat heute noch die Fähigkeit zu einem wirksamen Krisenmanagement im Alleingang. Es wäre daher nur konsequent, übereinstimmende Interessen durch gemeinsames Handeln und gemeinsam genutzte Instrumente zu verfolgen.

Nach Mey gewährleistet die NATO auf gesicherter ökonomischer und sozialer Basis jenen Interessensverbund, der gerade für die westeuropäischen Staaten die adäquate Grundlage der Selbstverteidigung bietet. Der Vollbeitritt zur NATO böte für Österreich nicht nur die Vorteile der gemeinsamen Entwicklung, Beschaffung und des Betriebes von Rüstungsmaterial (und somit der Abdeckung von Lücken in der eigenen Verteidigungsfähigkeit), sondern insbesondere auch die vollberechtigte Teilnahme an einem gemeinsamen militärischen und politischen Entscheidungsprozeß in allen sicherheitspolitisch relevanten Fragen, vor allem beim gemeinsamen Krisenmanagement.

REITER Erich,
Prof., DDr., Beauftragter für Strategische Studien im BMLV, Wien.